

**Ini-A2**

# **Initiativantrag**

**Antrag an die 63. Mitgliederversammlung des fzs e.V.**

**Initiator\*innen:** Marvin Bielicki

**Titel:** **Verpflichtende Studienreisen des Vorstands zur geeigneten Eintreibung von Mitteln und zum nachhaltigen Kampf gegen Steuerhinterziehung**

1 Die 63. Mitgliederversammlung des fzs möge beschließen,

2 Der Vorstand des fzs wird dazu verpflichtet, eine Studienreise auf die Bahamas  
3 zu vollziehen. Aufgabe dieser Reise wird es sein, die verschwundenen und  
4 hinterzogenen Steuergelder einzutreiben und diese unmittelbar dem Verband, den  
5 Hochschulen und den jeweiligen Studierendenvertretungen zukommen zu lassen. Eine  
6 Verweigerung der Studienreise wird mit Zwangsmaßnahmen belegt, beispielsweise  
7 durch die Pflicht, auf der letzten Mitgliederversammlung während ihrer Amtszeit  
8 jeder anwesenden Person mindestens ein Falafelgericht ausgeben zu müssen. In  
9 ausführlich begründeten Härtefällen kann von dieser Pflicht abgesehen  
10 werden.

10 Es ist allgemein bekannt, dass Steuerhinterziehung stattfindet. Es ist weiterhin  
11 bekannt, dass dadurch Milliarden von Geldern dem Staat entzogen werden. Es ist  
12 zudem bekannt, dass diese Gelder in der Infrastruktur fehlen, auch an den  
13 Hochschulen.

14 Dieser Missstand kann nicht weiter tatenlos hingenommen werden. Um Abhilfe zu  
15 schaffen, ein Zeichen nach außen zu setzen und aktiv für die Finanzierung der  
16 Hochschulen und somit einer besseren Lehre Sorge tragen zu können, wird der  
17 Vorstand, als ausführendes Organ des fzs, dazu verpflichtet, jährlich  
18 mindestens eine Studienreise in gängige Steueroasen zu tätigen. Ziel ist es,  
19 verschwundene Gelder ausfindig zu machen und einzutreiben, mit allen dem  
20 Verband, seinen Mitgliedern und den Vorstandsmitgliedern zur Verfügung

21 stehenden Mitteln. Denn auch wenn dies nicht das einzige Mittel ist, Gelder  
22 einzutreiben, so bleibt die Hoffnung, dass durch solche Maßnahmen die Praxis  
23 der Steuerhinterziehungen ein Ende nimmt.

24 Trotz der ausführlich dargestellten Verdachtsfälle und den abstrusen,  
25 unglaublichen Entschuldigungsversuchen von Seiten der Partei wurde in Hamburg  
26 die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Peter Tschentscher gewählt. Dabei handelt  
27 es sich um eine Person, der maßgebliche Beteiligung an verschiedenen  
28 finanzrelevanten Skandalen vorgeworfen wird und die, nach eigenen Angaben, über  
29 alle Vorgänge informiert war. Daraus ergibt sich, dass von Seiten der  
30 regierenden Parteien keine Initiative bezüglich des Aufbrechens der Praxis der  
31 Steuerhinterziehung zu erwarten ist. Angesichts der finanziellen Lage der  
32 Hochschulen und der Studierendenvertretungen duldet die Angelegenheit keinen  
33 Aufschub. Der fzs muss handeln, wenn die Revolution an den Hochschulen nicht auf  
34 dem Trockenen liegen soll.  
35 Außerdem hatten wir als Antragsstellende Hunger auf Falafel.